

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Gesetz Nr. 26.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1530
Vorfach Riesa Nr. 52.

Nr. 39.

Montag, 16. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewehr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 100 Zeilen 10 Mark, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abgabe der Zeitung durch den Postboten. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wetzelsstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Deutschland und die Entwaffnungsfrage.

Berlin, 16. Februar 1925.

In Berliner Regierungskreisen beschäftigt man sich gegenwärtig fast ausschließlich mit den bei der Entwaffnungsfrage in der Entwaffnungsfrage. Nach dem im Auswärtigen Amt vorliegenden Mittelstand wird zu allererst über die Beanstandung der Militärkontrollkommission in Deutschland verhandelt werden müssen. Schon jetzt dürfte es feststehen, daß die angekündigte Note der Militärkontrollkommission, die in der letzten Februarwoche in Berlin übergeben wird, eine Aufforderung an die Reichsregierung enthält, eine Reihe von Beanstandungen der Militärkontrollkommission zu beilegen. Wahrscheinlich werden die alliierten Regierungen den Bericht der Kommission nicht veröffentlicht, sondern sich vielmehr darauf beschränken, der Note an Deutschland in einer Anlage alle "Verfehlungen" aufzuzählen, und sie durch einen Beilegekommentar zu ergänzen. Die deutsche Regierung würde alsdann die Aufgabe haben, sich zu den einzelnen Beanstandungen zu äußern und nach Möglichkeit zu verweisen, die einzelnen Punkte zu widerlegen. Diesmal würde jedoch eine Verantwortung der alliierten Note durch Deutschland nicht so schnell möglich sein, wie es bei den vorläufigen Mitteilungen der Militärkontrollkommission der Fall war, denn die Reichsregierung wird selbstverständlich erst alle Beanstandungen der Militärkontrollkommission auf das genaueste nachprüfen müssen. Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, daß Reichskanzler Dr. Luther und mit ihm alle Mitglieder des Reichskabinetts daran festhalten, alle wirklich nachgewiesenen Mängel zu beilegen, um damit alle Schwierigkeiten für eine Lösung der Kölner Räumungsfrage zu beseitigen.

In den deutschen Regierungskreisen stellt man sich die weitere Entwicklung der ganzen außenpolitischen Verhandlungen etwa folgendermaßen vor: Deutschland beilegt alle Beanstandungen in der Entwaffnungsfrage und läßt auf dieser Grundlage eine sofortige Verhandlung über die Räumung der nördlichen Rheinlandszone herbei. Gleichzeitig erklärt sich die deutsche Regierung bereit, über ein etwaiges Kompromiß zu verhandeln, das die gleichzeitige Räumung der Kölner Zone mit der des Ruhrgebietes vorsehen würde. Im Hinblick darauf kann dann über die Sicherheitsfrage verhandelt werden. Wie bereits von maßgebender deutscher Regierungseite mit allem Nachdruck betont worden ist, wird sich die Reichsregierung niemals damit einverstanden erklären, daß etwa die Räumungsfrage von der Lösung des Sicherheitsproblems abhängig gemacht werden dürfe. Umgekehrt stellt man sich vielmehr auf den Standpunkt, daß es erst dann möglich sein wird, über die Sicherheitsfrage zu verhandeln, wenn die Räumungsfrage gelöst ist. Deutschland nimmt also genau den entgegengesetzten Standpunkt ein wie die französische Regierung.

Was das Problem der in Aussicht stehenden neuen Entwaffnungsverordnungen der Alliierten betrifft, so glaubt man in den Kreisen der Reichsregierung zu erster Verunsicherung wenig Veranlassung zu haben. Man hat in Berlin den Eindruck, daß die Deutschland zu stellenden Entwaffnungsverordnungen nicht über das Maß dessen hinausgehen, was bereits in der Ententepraxis angekündigt worden ist. Gerade die Ausführung der einzelnen Punkte beweist, wie wenig wirkliche Veranlassung für die alliierten Regierungen dazu vorliegt, die Räumung der nördlichen Rheinlandszone hinauszuschieben, denn bei den sogenannten "Verfehlungen" handelt es sich nicht um irgendwelche Verstöße gegen die Vertragsbestimmungen selbst, sondern nur um die Auslegung gewisser Momente durch die Militärkontrollkommission. Unangenehm ist lediglich der Umstand, daß die Regelung dieser Angelegenheit sehr viel Zeit rauben wird und daß man immer noch keinen Termin für die Räumung der nördlichen Rheinlandszone ins Auge fassen kann.

Der Tscheka-Prozess.

Im großen Tscheka-Prozess Leipzig wurde am Sonntag die Vernehmung des Angeklagten Neumann fortgesetzt. Dabei kam u. a. ein Artikel von Einowjew zur Verlesung, in welchem General von Seekt als der deutsche Kollaborateur und größte Gefahr für die deutsche Republik bezeichnet wird, während Hitler, Walle, Ebert und Moske nur verschiedene Spielarten des Faschismus seien. Auf Befragen erklärt Angeklagter Neumann, daß er ursprünglich fest entschlossen gewesen sei, seinen Auftrag zu erfüllen und den General von Seekt zu erschießen. Später aber habe er den inneren Vorbehalt gemacht, das Attentat auf Seekt unter allen Umständen zu verhindern. Im übrigen habe sich gar keine Gelegenheit gefunden, das Attentat auszuführen. Vorher weicher Begründung, daß nachher Brandler den Befehl an Erledigung Seekts zurückgezogen? — Angkl. Neumann: Er sagte, da infolge des Parteiverbotes die Waffen auf den militärischen Anmarsch in Sachen doch nicht so reagieren, hätte eine Erledigung Seekts keine Bedeutung mehr.

Die Verhandlung wendet sich dann dem Fall der Ermordung des Freilehrs Rausch zu. Auf Befragen des Vorsitzenden schildert Angkl. Neumann ausführlich, wie er zunächst verschiedene vergebliche Versuche unternahm, Rausch mit Hilfe einiger Mitangeklagter im Vorort Südende, in einem Berliner Lokal und in seiner Wohnung zu ermorden. Rausch sei mißtrauisch gewesen und habe gesagt, eine italienische Gruppe sei auf ihn losgelassen.

(Weitere Meldungen an anderer Stelle.)

Der Reichskanzler in Königsberg.

Eröffnungsfest der 10. Deutschen Ostmesse.

Königsberg. Am Sonntag vormittag traf der Reichskanzler Dr. Luther in Begleitung des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus in Königsberg ein. Nach einer kurzen Rundfahrt durch die Stadt begaben sich die Herren zu der Eröffnungsfest der 10. Deutschen Ostmesse, die um 11 Uhr begann. Oberbürgermeister Vohmmer begrüßte die Gäste.

Reichskanzler Dr. Luther

führte in seiner Rede unter anderem aus: Der Sinn der deutschen Ostmessen ist ein doppelter. Einmal sollen sie dazu dienen, innerhalb des gesamten deutschen Wirtschaftslebens die Bande immer fester und enger zu knüpfen, sodann will Ostpreußen mit seinen Ostmessen seine alte Pioniertätigkeit in den Formen der Gegenwart mit aller Kraft ausstrahlen.

Wenn wir die Gesamtfrage Ostpreußens überblicken, so erhalten wir folgendes Bild:

1923 haben die Litauer das Memelland eigenmächtig besetzt. Die alliierten Mächte haben die Souveränität Litauens anerkannt. Litauen hat dann im Laufe des Jahres 1924 das von einer alliierten Kommission ausgearbeitete Memelland angenommen. In der Memellandfrage hat sich die deutsche Regierung, obwohl Deutschland nicht Vertragspartei ist, fortgesetzt bemüht, die Verhandlungen mit Litauen auf baldige lokale Durchführung der Autonomie, insbesondere auch auf baldige Ausschreibung der Wahlen zum memelländischen Landtag zu beschleunigen. Die Regelung des Ausganges zur Weichsel ist aber in einer Weise geschehen, die für Deutschland und Ostpreußen durchaus unbefriedigend ist. So kann zum Beispiel die polnische Regierung die einzige Ostpreußen angebotene Anleihe in Kurzebruch ohne Einverständnis mit der deutschen Regierung verlegen und auch das Schiedsgericht, das auf Deutschlands Wunsch bei der Regelung eingesetzt wurde, ist nur für die Auslegung nicht aber für die Durchführung der getroffenen Regelung zuständig. Die ganzen an der Weichsel so geschaffenen Verhältnisse werden von der deutschen Regierung als im Widerspruch mit dem Berliner Vertrag stehend betrachtet. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete wird die deutsche Regierung alles für Ostpreußen tun, was möglich ist.

Wir sind uns freis der Notwendigkeit guter deutsch-russischer Beziehungen bewußt. Nachdem die auf Grund der bisherigen Moskauer Verhandlungen nötige notwendige Ueberarbeitung der Vertragsgegenstände innerhalb der verschiedenen Historis unter Hinzuziehung von Sachverständigen zu Ende geführt worden ist, wird eine kleinere Delegation wiederum nach Moskau reisen. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen werden am 1. März wieder beginnen. Die deutsche Regierung geht auch an diese Verhandlungen mit dem besten Willen heran, und den Wunsch, sie beschleunigt zum Abschluß zu bringen, da sie die Ueberzeugung hat, daß eine Verständigung im beiderseitigen wirtschaftlichen Interesse liegt.

Voraussetzung für einen befriedigenden Erfolg ist selbstverständlich, daß das Polen diesen guten Willen der deutschen Regierung nicht durch eine unfreundliche Haltung gegenüber den in Polen lebenden Deutschen beeinträchtigt. Gerade in diesen Tagen hat die deutsche Regierung eine Note nach Warschau richten müssen, in der Deutschland mit Bedauern feststellt, daß Polen die Ausweisung evangelischer Geistlicher trotz wiederholter Vorstellungen Deutschlands vornimmt, ohne stichhaltige Gründe dafür anzugeben. Alle Handelsvertragsverhandlungen werden auf der Basis der allgemeinen gegenseitigen Rechtsbeachtung geführt.

Die Reichsregierung wird alles daran setzen, um den Wünschen Ostpreußens und Königsbergs soweit wie irgend möglich gerecht zu werden.

Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen des Reichskanzlers. Namens des preussischen Staatsministeriums überbrachte der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen Siehring die

Glückwünsche für einen guten Verlauf und Erfolg der 10. Deutschen Ostmesse.

Königsberg. Am nachmittag 5 Uhr hatte Oberpräsident Siehring zu einem Tee im Oberpräsidium geladen, an dem der Reichskanzler, Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus, sowie die Spitzen der Behörden, Vertreter von Landwirtschaft, Handel, Industrie und Handwerk, sowie die Presse teilnahmen. Oberpräsident Siehring begrüßte den Reichskanzler und den Reichswirtschaftsminister in einer kurzen Ansprache mit herzlichsten Worten.

Der Reichskanzler

dankte und trug persönliche Erinnerungen an seine früheren Besuche in Ostpreußen vor. Er schloß: Wir dürfen trotz aller politischen, vaterländischen, wirtschaftlichen und sozialen Not keinen Augenblick den festen Glauben an unser Vordringen verlieren. Blickt man auf die Entwicklung des deutschen Volkes in dem letzten Jahrzehnt zurück, dann dürfen wir trotz aller Not der Gegenwart voller Hoffnung in die Zukunft schauen. Ein vom Kanzler auf die Provinz Ostpreußen - ein Asteind Deutschlands - andebracht. Auch wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Königsberg. Gestern abend veranstaltete die Leitung des Reichsanwaltschaftsamt für die Grenzgebiete, an dem der Reichskanzler, der Reichswirtschaftsminister, der Oberpräsident von Ostpreußen, sowie die Spitzen der Behörden, die zur Messe anwesenden ausländischen Vertreter und zahlreiche andere Ehrengäste teilnahmen.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Vohmmer ergriff

Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus

das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte, was die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland betreffen, so sei die deutsche Delegation aus Moskau zurückgekehrt, um nunmehr in Berlin die Vorbereitungen für weitere Verhandlungen zu treffen. Mit Polen sei erst am 15. Januar 1925 ein Provisorium abgeschlossen worden. Allgemeine Handelsvertragsverhandlungen sollen am 1. März in Berlin beginnen. Mit Litauen wurde am 1. Juni 1924 ein umfassender Handelsvertrag unterzeichnet, der der Ratifizierung harre. Der Grenzverkehrsvertrag und die Vereinbarung im Schiffsverkehrs- und Fließereiverkehr warteten ebenfalls auf Ratifizierung. Der Grundgedanke der Handelsvertragsverhandlungen nehmen müsse, liege den bisherigen Verträgen mit Letland und Estland zu Grunde.

Um den weiteren Handelsvertragsverhandlungen das Fundament zu schaffen, werde in der nächsten Zeit dem Reichstage die Zolltarifnovelle vorgelegt. Die Vorlage sei einerseits so beschaffen sein, daß sie die berechtigten Schutzinteressen aller wirtschaftlichen Kreise Deutschlands ausreichend berücksichtige, und daß sie andererseits die Stellung unserer Handelsvertragsunterhändler bei den schwierigen Verhandlungen nachdrücklicher und wirksamer gestalte, als es der bestehende Zolltarif ermöglichte. Die deutsche Wirtschaft könne auf die Dauer nur gelacht werden, wenn wir den hauptsächlichsten Faktor unserer inneren Wirtschaft - und damit auch der Landwirtschaft - die Stetigkeit der Produktionswirtschaft zu sichern vermöchten. Um die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen, seien eine Vereinfachung von unproduktiven Vaten, Verbesserung der technischen und organisatorischen Einrichtungen, ein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu vollziehender Steuerumbau, eine wirtschaftliche Frachtenpolitik, Zusammenfassung der öffentlichen Gelder in der Reichsbank, Förderung deutscher Qualitätsarbeit und vor allem eine Gesundung unserer Wirtschaftsmoral Forderungen der Stunde. Die letzten Schlagen der im Kriege notwendigen Zwangswirtschaft müssen nunmehr ebenso notwendig wie endgültig beseitigt werden. Die Jahre der wirtschaftlichen Atempause seien zu nützen.

Stadtverordnetenwahlen in Braunschweig.

Braunschweig. Im Freistaat Braunschweig fanden gestern die Stadtverordneten-, Gemeinde- und Kreisstaatswahlen statt. Bei den Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Braunschweig wurden abgegeben für die Sozialdemokratie 29 951, für die Kommunisten 5 076, Demokraten 2 689, wirtschaftliche Einheitsliste 14 557, nationale Einheitsliste 27 369, Bund der Invaliden 846, Liste Volkswohl 1 725, Nationalsozialisten 289 Stimmen. Darnach erhalten die Sozialdemokraten 13, Kommunisten 2, Demokraten 1, wirtschaftliche und nationale Einheitsliste zusammen 18, Bund der Invaliden und Volkswohl zusammen 1, Nationalsozialisten 0.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Gelmstedt wurden abgegeben für die Sozialdemokratie 3 014, Kommunisten 424, Invalidenbund 448, Unpolitische Liste 1 501, Liste Zentrum und Demokraten 1 529, Vereinigte Wirtschaftsgruppen 2 578 Stimmen.

In Wolfenbüttel wurden bei den Stadtverordnetenwahlen abgegeben für die Sozialdemokratie 2 873, Kommunisten 1 053, Bürgerliche Einheitsliste 4 791, Mittelstandsliste 792 Stimmen.

Ausdehnung der Militärkontrolle auf Privatbetriebe.

Paris. Der französische Delegierte in der Entwaffnungskommission des Völkerbundes Paul Doucour, wie er selbst angekündigt und wie der "Temps" heute abend behauptet, bei der heute beginnenden Beratung der Entwaffnungskommission des Völkerbundes verlangen, daß die Kontrolle auch auf die Privatbetriebe, die Kriegsmaterial im Ausland herstellen und in deutschen Besitz sind, ausgedehnt wird.

Deutscher Gemeindebeamtenstag.

Berlin. Nach zehnjähriger Pause tagte gestern im Großen Schauspielhaus zu ersten Male wieder der vom Reichsbund der Kommunalbeamten und Angestellten Deutschlands einberufene Gemeindebeamtenstag, der zu einer Kundgebung gegen die Verlängerung des Befoldungsperrgesetzes wurde. Sämtliche Redner und auch eine einstimmig angenommene Entschließung sprachen sich für die Aufhebung des Befoldungsperrgesetzes aus.